

EU will VW-Gesetz beseitigen

Scharfer Protest von McAllister

prin/dapd/el **WOLFSBURG.** Das Volkswagen-Gesetz sorgt wieder für Ärger. Die EU-Kommission wird höchstwahrscheinlich am Mittwoch beschließen, beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen die Bundesregierung zu klagen. Ministerpräsident David McAllister hat sich gestern schriftlich in Brüssel beschwert.

Brüssel nimmt einen neuen Anlauf gegen das sogenannte Volkswagen-Gesetz, das dem Land Niedersachsen eine Sperrminorität bei dem Wolfsburger Autokonzern sichert. Die EU-Kommission plane, beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen die Bundesregierung zu klagen, hieß es gestern aus verschiedenen Quellen in Brüssel. Alle Versuche, Berlin in Verhandlungen zu einer Änderung des Gesetzes zu bewegen, seien abgeblockt worden.

Damit geht der erbitterte Streit in die nächste, womöglich letzte Runde: Nach einem ersten Urteil des EuGH von 2007 hatte die Bundesregierung zwar die Zusammensetzung des Aufsichtsrats freigegeben und eine Deckelung der Stimmrechtsanteile zurückgenommen. Die Sperrminorität für Niedersachsen blieb aber im Gesetz.

So dürfen inzwischen Investoren zwar mehr als 20 Prozent der Stimmrechte ausüben, wenn sie einen höheren Aktienanteil am Konzern halten. Doch der Landesregierung ist ein Stimmanteil von 20 Prozent garantiert. Das reicht aus, um bedeutende Entscheidungen zu kippen – insbesondere Übernahmen.

Der Bundestagsabgeordnete Mathias Middelberg (CDU) hält „das Vorgehen der EU für verfehlt, aber belanglos. Schließlich sei in der Satzung des Konzerns die Sperrminorität ebenfalls festgelegt. Und diese Satzung sei erst bei der jüngsten Hauptversammlung mit großer Mehrheit bestätigt worden. Das bedeutet: Die Sperrminorität für Niedersachsen ist nicht vom VW-Gesetz abhängig. „An diesem Irrtum ist auch schon Porsche gescheitert“, so Middelberg.

Scharfe Kritik

In einem Schreiben von Ministerpräsident David McAllister an die EU-Kommission kritisiert dieser die drohende Klage scharf: „Es ist nicht nachvollziehbar, dass vonseiten der EU-Kommission ein Unternehmen jahrelang mit einem höchst umstrittenen Vertragsverletzungsverfahren belastet werde, „dass sich zu einem Global Player und einem Vorzeigunternehmen entwickelt hat. VW sichere Hunderttausende von Arbeitsplätzen. „Die Menschen in Deutschland werden nicht verstehen können, dass sie Milliardenhilfen für Griechenland und andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union tragen sollen, während die Kommission ohne hinreichende Rechtfertigung VW an den Pranger stellt“, machte Niedersachsens Ministerpräsident McAllister Druck.

Der CDU-Haushaltspolitiker Georg Schirmbeck reagierte empört auf das Vorgehen der EU-Kommission. „Haben die Kommissare in Brüssel eigentlich keine anderen Sorgen, als einem der



Die EU-Kommission stelle VW an den Pranger, kritisiert Ministerpräsident David McAllister.

Foto: dapd

besten deutschen Unternehmen ständig Probleme zu bereiten?“, fragte Schirmbeck mit Blick auf die Finanzkrise im Euro-Raum. „Mit diesem Verhalten wird nur die Europa-Verdrossenheit gefördert.“ Schirmbeck verteidigte das VW-Gesetz vehement. „Ohne den Einfluss des Landes Niedersachsens würde es zum Beispiel den VW-Standort Osnabrück kaum geben“, sagte er.

Würde das VW-Gesetz fallen, könnten mittelfristig reine Finanzspekulant an Macht in Wolfsburg gewinnen. „Das werden wir verhindern“, sagte Georg Schirmbeck.

ZB Projekt Zukunft Bilden
Lesetipp für Azubis;
Informationen im Internet:
www.zukunft-bilden.com

KOMMENTAR

Ruhe am Ruder

Von Gerhard Placke

Nun startet Brüssel offenbar einen neuen Versuch, die ungeliebte Sperrminorität des Landes Niedersachsen beim Volkswagen-Konzern aufzubrechen. Dass Ministerpräsident David McAllister seinen Standpunkt in Brüssel noch einmal vehement vorträgt, ist verständlich.

Aber Ruhe am Ruder hat dem großen Dampfer VW oft genutzt. Damit hat er in über 60 Jahren schon manch heftigen Sturm überstanden. Waren es in den ersten Nachkriegsjah-

ren vor allem fehlende Rohstoffe, um die Produktion hochzufahren, gab es kurz drauf ein anderes, allerdings sehr komfortables Problem: Die weltweite Nachfrage nach Käfer und Transporter konnte kaum gestillt werden, Lieferzeiten von bis zu 18 Monaten waren nicht selten. Der Konzern verstand es, die Konkurrenz mit stichhaltigen Argumenten in Schach zu halten (Werbeslogan: „Er läuft und läuft und läuft ...“).

Anfang der 1970er-Jahre bekam der Dampfer allerdings deutliche Schlagseite, der Untergang drohte. Ent-

scheidende Hilfe von Tochter Audi und moderne Modelle wie Passat, Polo und vor allem Golf brachten im letzten Moment wieder Stabilität. Das frühe Auslandsengagement zum Beispiel in Brasilien, Mexiko und China war goldrichtig.

Nicht zuletzt das besonnene Vorgehen von Betriebsrat und Landesregierung bewahrte VW vor der Übernahme durch Porsche – möglich auch durch das VW-Gesetz, dessen Tage hoffentlich noch nicht gezählt sind.

g.placke@noz.de